

Resolution der Aktionskonferenz der GEW Offenbach Stadt und Land vom 17.05.2023

Gesellschaftliche Prozesse und technologische Entwicklungen erfordern eine ständige Anpassung von Erziehung, Bildung und Ausbildung, um Kinder und Jugendliche zu Selbstständigkeit und Willensbildung zu befähigen und ihnen somit den Weg zu ebnen, glückliche, soziale und verantwortungsbewusste Erwachsene zu werden.

Lehrer*innen sind Leitfiguren, die den Blick der Kinder auf ihre Rolle in der Gesellschaft entscheidend prägen. Im Bewusstsein dessen nehmen Lehrkräfte immer neue Herausforderungen an.

Was sich allerdings nie zum Positiven verändert hat, sind die Rahmenbedingungen, unter denen Lehrkräfte ihren Aufgaben gerecht werden müssen, ganz im Gegenteil: Die Pflichtstundenzahl wurde erhöht, die Dokumentationspflichten und Verwaltungsaufgaben haben massiv zugenommen, Unterrichtsvor- und nachbereitung sind durch Differenzierung deutlich umfangreicher geworden, Helikopter- und U-Boot-Eltern erschweren die Erziehungsbegleitung, und die Klassengrößen blieben bislang größtenteils unverändert.

Aktuell sind wir auf dem bisherigen Höhepunkt der Mangelverwaltung. Noch nie gab es so viele Minusstunden in den Schulen. Der Lehrkräftemangel führt zur Entprofessionalisierung und einer Überlastung des Stammpersonals, das viele Hilfskräfte einarbeiten und begleiten muss.

In der Aktionskonferenz wurde als belastender Faktor der Bereich der Inklusion identifiziert, bei dem die Anforderungen an Lehrkräfte immer mehr steigen und gleichzeitig stagnierende Zahlen sowohl bei der personellen als auch bei der räumlichen Ausstattung zu verzeichnen sind. Wenn Inklusion gelingen soll, geht dies nicht zum Nulltarif und schon gar nicht in Zeiten des Mangels an qualifizierten Förderschullehrkräften.

Ein problematisches Beispiel aus dem Schulamt Offenbach stellt die in den inklusiven Schulbündnissen festgelegte Reduzierung der Stunden bei inklusiver Beschulung im Förderbereich „Geistige Entwicklung“ dar. Hier wurde in den vergangenen Jahren von ursprünglich 9 Stunden pro Kind auf dann 7 Stunden reduziert, und nun soll ab kommendem Schuljahr sogar auf nur 5 Stunden reduziert werden. Eine spezifische Förderung durch Förderschullehrkräfte soll dann nur noch an einem Tag erfolgen. Notwendige Bindungsarbeit scheint dann kaum noch möglich.

Gleichzeitig wurden die Anforderungen an die Feststellung eines Förderbedarfs durch das Kultusministerium verschärft. Die Feststellungskriterien sind von einem Kriterium auf mindestens zwei Kriterien im Sinne eines „Doppelkriteriums“ im jeweiligen Förderschwerpunkt erhöht worden (Erlass 13.10.21 Amtsblatt 11/21).

An den Grundschulen kommt, neben den Auswirkungen des hohen Lehrkräftemangels, die Belastung hinzu, die durch den Rechtsanspruch auf Ganzttag ab 2026 entsteht. Viele Grundschulen arbeiten derzeit an umfangreichen Konzepten für den Ganzttag. Dies kostet viel Zeit, die besser für die Arbeit mit den Schüler*innen genutzt werden könnte. Die Landesregierung selbst macht nur wenige bis keine Aussagen, wie der Rechtsanspruch ab 2026 konkret durch zusätzliches Personal und eine Ausweitung der räumlichen Ressourcen erfolgen soll. Wieder einmal soll der reformfreudige Grundschul-Sektor im laufenden Betrieb umfangreiche Änderungsmaßnahmen des schulischen Alltags vornehmen, ohne eine Entlastung zu erhalten.

Resultat all dieser Entwicklungen ist die aktuelle Notlage in den Schulen.

Lehrkräfte sind massiv überbelastet, die Teilzeitquote ist so hoch wie nie, Frühpensionierung ist die Regel und es häufen sich Fälle von psychosomatischen Beschwerden, die Langzeiterkrankungen zur Folge haben. In sinkenden Zahlen von Lehramtsanwärtern zeigt sich, dass diese Entwicklung in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben ist; was allein fehlt, ist eine politische Reaktion der Verantwortlichen im Bund und vor allem in den Ländern, um den Kollaps der Lehrkräfte und somit des gesamten Bildungssystems zu verhindern.

Als Betroffene und in Fürsorge für die Kolleg*innen fordern die Teilnehmer*innen der GEW-Aktionskonferenz deshalb einen sofortigen Richtungswechsel:

1. Keine Zusatzaufgabe ohne Entlastung!

Die Arbeitszeit von Lehrkräften bemisst sich bisher nur an einer festgelegten Zahl von zu erteilenden Unterrichtsstunden und weiteren Dienstpflichten. Vor allem letztere sind eine Weichkategorie, bei der sich das hessische Kultusministerium beharrlich weigert, den Umfang zu messen.

Das Schuldeputat wurde noch nie erhöht – es sind sogar Stunden weggefallen, da z.B. bestimmte Funktionen in der Schulleitung (z. B. Pädagogische Leitungen) inklusive der damit verbundenen Deputate einfach gestrichen wurden. Ein Ausgleich aus der 104/105%-Versorgung ist nur bedingt möglich und zudem durch die hohe Anzahl an Bedarfsmeldungen als Entlastungsmöglichkeit in den Schulen schon mehrfach verteilt.

Wir fordern:

Gerade, weil die Vielfalt der Aufgaben schwer zu erfassen ist, müssen

- a) das **Schuldeputat** als flexible Ressource der Schule deutlich erhöht werden und
- b) **gesetzlich vorgesehene Aufgaben** (Konzeptarbeit, Klassenleitungen, Fachleitungen, Verbindungslehrkräfte, Integrationsbeauftragte, Mentor*innen, Datenschutzbeauftragte, Sicherheitsbeauftragte, IT-Beauftragte etc.) von **vornherein mit einer aufgabengebundenen und angemessenen Zuweisung versehen werden!**

2. Lehrkräfte müssen nicht alles können – und schon gar nicht alles machen!

Große, zeitliche Ressourcen an Schulen werden dadurch **verschwendet**, dass Lehrkräfte vielfältige Aufgaben übernehmen müssen, für die sie nicht ausgebildet wurden, **für die es aber Fachkräfte gibt**.

Darunter fallen beispielsweise die Beratung von Eltern und Schüler*innen in sozialen und Erziehungsfragen (Antragsstellung bei Ämtern, Unterstützung in Notsituationen), Verwaltung (rechtskonforme Schreiben an Erziehungsberechtigte, Kommunikation mit Jugendämtern, Aktenführung), Verwaltung der schulischen IT (Ausgabe und Verwaltung von digitalen Endgeräten für Schüler*innen und Lehrkräfte, Betreuung des schulischen Netzwerks, des schulischen WLANs, von iPad-Koffern und digitalen Tafeln, Pflege digitaler Datenbanken z. B. im Schulportal, Fortbildung neuer Kolleg*innen) und die Verwaltung und Betreuung weiterer Lehr- und Lernmittel (Schulbücher, Schulbibliothek, Sport- und Spielgeräte für die Pause). Auch die Erstellung differenzierter Materialien und Klassenarbeiten für Förderschüler*innen in Inklusion wird in der Regel von den Lehrkräften übernommen, weil die Unterstützung durch die Förderschullehrkräfte aufgrund der niedrigen Zuweisung nicht ausreicht.

Wir stellen fest: **Das ist zu viel!**

Wir brauchen eine deutliche **Stärkung multiprofessioneller pädagogischer Teams** aus Lehrkräften, Förderlehrkräften, Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Psychologie und Erzieher*innen an jeder Schule! Dafür brauchen diese Teams Zeit und mit Deputatsstunden hinterlegte **Koordinationsstunden**.

Wir brauchen **präsenre Fachkräfte für IT und Verwaltung** an jeder Schule, die den Lehrkräften zurarbeiten!

3. Wir brauchen unsere Zeit für jede unserer Schüler*innen!

Inklusion bedeutet nicht, dass Lehrkräfte sich Schüler*innen mit nach Kriterien des Kultusministeriums diagnostizierten Bedarfen intensiver widmen.

Inklusion bedeutet, jede Schüler*in jederzeit als Individuum wahrzunehmen und zu fördern.

Dies ist kein hehres Ziel, sondern die Definition von Inklusion laut der Behindertenrechtskonvention und damit verpflichtend umzusetzen!

25 oder 30 Schüler*innen gleichzeitig zu fördern ist unmöglich. Die Pandemie hat viele Probleme verstärkt: Konzentrationsschwierigkeiten, Impulskontrollstörungen und familiäre Probleme haben stark zugenommen und belasten bei weitem nicht nur die diagnostizierten Förderschüler*innen. Vielen Kindern fällt es immer schwerer, sich in eine Gruppe einzufügen und ihre eigenen Bedürfnisse zumindest temporär zurückzustellen. Dies behindert massiv die Schaffung einer konzentrierten Unterrichts Atmosphäre. Hier liegt eine der Hauptursachen für die häufig beklagten schwachen Leistungen vieler Jugendlicher bis in die Abschlussklassen. Dies ist nicht nur demotivierend für die Kinder, sondern sorgt auch für großen Frust unter den Lehrkräften, die dauerhaft das Gefühl haben, ihrer Aufgabe nicht gerecht werden zu können.

Wir fordern deshalb, dauerhaft die **Klassengrößen deutlich zu senken**, um einerseits den Schüler*innen das Gefühl zu geben, persönlich wahrgenommen zu werden und andererseits den Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, dies auch zu tun!

4. Keine Arbeitszeit wie vor 100 Jahren!

Die Senkung der Pflichtstundenzahl ist seit vielen Jahren eine der zentralen Forderungen der GEW. Pflichtstunden bedeuten nicht nur Unterrichtszeit, sondern gleichzeitig Vorbereitung, Nachbereitung, Differenzierung, Korrekturen, Konzeptentwicklung, Verwaltung und Gespräche mit Kindern, Eltern, Kolleg*innen, Ämtern oder Sozialpädagog*innen!

Auch wenn dies in Zeiten des Lehrkräftemangels absurd erscheint: **Die Pflichtstundenzahl muss gesenkt werden**, um die Arbeitskraft des bestehenden Personals zu erhalten und gleichzeitig den Beruf so attraktiv werden zu lassen, dass sich möglichst viele Abiturient*innen entscheiden, Lehrer*in zu werden!

5. Ausbildung und Weiterqualifizierung? Unbedingt, aber gezielt!

Um den derzeitigen Lehrkräftemangel beheben zu können, müsste jede zehnte Abiturient*in ein Lehramt anstreben. Dies wird nur passieren, wenn Aus- und Weiterbildungsangebote Student*innen, LiV und Quereinsteiger*innen stützen, statt sie zu überfordern oder permanent ins kalte Wasser zu schmeißen.

Ausbildung benötigt Zeit - ein professionelles und zugewandtes Mentoring für LiV und Praktikant*innen im Praxissemester von qualifizierten und erfahrenen Lehrkräften kann nicht nebenbei erfolgen. Dies gilt in gleichem Maße für die Qualifikation von Quereinsteigern und die Einarbeitung von Vertretungskräften.

Wir brauchen auch hier dringend eine **deutliche Erhöhung der Deputate** und die Unterstützung der Lehrkräfte z. B. durch **universitäre Ausbildungsbeauftragte!**

Was wir nicht brauchen, sind die ständig wiederkehrenden, hilflosen Aufrufe des Kultusministeriums, Gymnasiallehrkräfte in der Grundschule unterrichten zu lassen oder Pensionäre zu reaktivieren!

Die Gesellschaft fordert gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler - gute Bildung braucht beste Arbeitsbedingungen. Die gibt es nicht zum Nulltarif und braucht Zeit:

Nichts ist morgen so teuer, wie heute nicht in Bildung zu investieren!